Nr. 338 XXVII. Jahrgang

Sonnabend, 13. Dezember 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Fernsprecher: 19 8 28, 19 6 28, 19 8 27, 17 1 09. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060 Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die 29 mm breite Grundzeile kostet 90 Pf., die 81 mm breite Reklamezeile M. 3.—, mit Platzvorschrift M. 3.50. Für Stellen- oder Auskunft 10 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresumsätzen Ermäßigung nach festgesetzten Sätzen. Belegebühr 20 Pf. Anzeigen von auswärts und von unbekannten Bestellern nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsre Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreise:
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 2.00, vierteljährlich M. 6.00.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M. 2.00, vierteljährl. M. 6.00
B mit „Illustr. Neueste" „ 2.15 „ 6.45
Postbezug im Ausland d. Eintragung in den Postlisten.
Kreuzbandsendungen wöchentlich M. 1.20, nach dem Auslande M. 1.80
Einzelnummer wochentags 15 Pf., Sonntags [illegible], Auslande [illegible] Pf.

Die Bedeutung der Friedensratifikation

Von einem hervorragenden Völkerrechtslehrer wird uns geschrieben:

Ursprünglich wurde es mit Staatsverträgen nicht anders gehalten als mit andern Verträgen. Sie waren perfekt, wenn sie durch die Bevollmächtigten abgeschlossen waren. Allmählich entwickelte sich aber die Anschauung, daß Staatsverträge zur Rechtswirksamkeit erst einer besonderen Ratifikation bedürfen, die durch die zur Vertretung der Staatsgewalt nach außen zuständigen Stellen zu erfolgen und der in demokratisch regierten Staaten die Zustimmung der Volksvertretung vorherzugehen hat. Daher werden heute Staatsverträge erst mit der Ratifikation gültig.

Aber auch die Ratifikation selbst, die bereits seitens Deutschlands, Englands, Frankreichs und Italiens erfolgt ist, macht den Friedensvertrag in Versailles noch nicht rechtswirksam, sondern erst die Errichtung eines formellen Protokolls über die Niederlegung der Ratifikationsurkunden in Paris. Mit der Errichtung des ersten Protokolls, die stattfinden soll, sobald der Vertrag von Deutschland einerseits und von drei feindlichen Hauptmächten andrerseits ratifiziert ist, tritt der Friedensvertrag in Kraft. Die Bedeutung dieser Tatsache ist eine ganz ungeheure, denn jetzt erwachsen für uns unmittelbar jene schweren Verpflichtungen, die wir gar nicht erfüllen können. Vom Zeitpunkt der Ratifikation an werden alle im Vertrage vorgesehenen Fristen berechnet. Das gilt zunächst von den Fristen für die Besetzung des linken Rhein-Ufers und der Brückenköpfe. Auf die 15 Jahre wird das verflossene Jahr, während dessen unsre Landsleute am linken Rhein-Ufer die so schwer auf ihnen lastende Besetzung haben ertragen müssen, nicht angerechnet. Aber auch nach Ablauf der fünfzehnjährigen Besetzungsfrist steht die Befreiung deutschen Landes noch keineswegs in sicherer Aussicht. Denn nach der sehr dehnbaren Bestimmung des Art. 429 des Vertrages darf die Zurückziehung der Besatzungstruppen in dem zur Erhaltung der erforderlichen Sicherheit für nötig gehaltenem Maße aufgeschoben werden, wenn nach Ablauf von 15 Jahren die Entente-Regierungen die Sicherheit gegen einen nicht herausgeforderten Angriff Deutschlands nicht als hinreichend erachten.

Sodann beginnen mit der Ratifikation die Fristen für die Räumung der Abstimmungsgebiete durch die deutschen Truppen und Behörden, und zwar sind diese Fristen durchweg sehr kurz. Binnen zehn Tagen nach der Ratifikation müssen die erste und zweite Zone in Nordschleswig geräumt sein. Sie werden dann einem internationalen Ausschuß von fünf Mitgliedern unterstellt. In der ersten Zone hat die Abstimmung spätestens drei Wochen nach erfolgter Räumung, also in der zweiten Hälfte des Dezember, in der zweiten Zone spätestens fünf Wochen nach der Abstimmung in der ersten Zone stattzufinden. In den östlichen Provinzen hat die Räumung binnen zwei Wochen nach der Ratifikation zu erfolgen, doch folgen die Abstimmungen erst sehr viel später als in Nord-Schleswig. Die Anberaumung der Termine für die Abstimmungen ist in die Hände eines internationalen Ausschusses gelegt; sie sollen nicht früher als sechs und nicht später als achtzehn Monate nach dem Amtsantritt des Ausschusses in der betreffenden Zone erfolgen.

Außerordentlich einschneidende Maßnahmen sind in bezug auf die Entwaffnung unsres Volkes nach der Ratifikation vorzunehmen. Im allgemeinen ist bekanntlich der feste Termin des 31. März 1920 als maßgebend für die vollständige Abrüstung Deutschlands vorgeschrieben. Aber schon binnen drei Monaten nach der Ratifikation ist die gesamte Iststärke des deutschen Heeres auf 200 000 Mann zurückzuführen. Innerhalb der gleichen Frist werden alle über das zugelassene Maß hinaus bestehenden Anlagen, die der Anfertigung, Herrichtung, Lagerung oder der Herstellung von Entwürfen, von Waffen, Munition und Kriegsgerät aller Art dienen, geschlossen werden. Noch schneller, und zwar binnen zwei Monaten nach der Ratifikation, sind die deutschen Waffen, Munitionsvorräte und das Kriegsgerät einschließlich jeden Flugabwehrgerätes, das in Deutschland über die zugelassenen Mengen hinaus vorhanden ist, den Regierungen der feindlichen Hauptmächte zur Zerstörung und Unbrauchbarmachung auszuliefern. Dasselbe gilt für alle für die Anfertigung von Kriegsgerät bestimmten Werkzeuge und Maschinen, abgesehen von dem, was als notwendig für die Bewaffnung und Ausrüstung der zugelassenen deutschen Streitkräfte anzuerkennen ist. Binnen zwei Monaten nach dem Inkrafttreten des Vertrages muß die Entwaffnung unsrer Marine vollendet sein. Unsre Kriegsflotte darf dann nur noch sechs Schlachtschiffe der Deutschland- oder Lothringenklasse, sechs kleine Kreuzer, zwölf Zerstörer und zwölf Torpedoboote sowie eine Kopfstärke von 15 000 Mann haben. Alle hierüber hinaus vorhandenen Schiffe müssen noch an den Feind ausgeliefert oder, soweit sie uns belassen werden, zu Handelszwecken brauchbar gemacht werden.

Auch der Leidensgang unsrer Handelsschiffahrt nimmt jetzt seinen Fortgang. Binnen zwei Monaten nach der Ratifikation müssen, soweit sie noch nicht ausgeliefert sind, alle deutschen Handelsschiffe von 1600 Bruttotonnen und darüber, ferner die Hälfte des Tonnengehaltes der Schiffe zwischen 1000 und 1600 Tonnen und endlich je ein Viertel des Tonnengehaltes sowohl der Fischdampfer wie der andern Fischereifahrzeuge ausgeliefert werden. Dazu kommen die Vorschriften über die Schiffbauverpflichtungen, die uns von den Feinden auferlegt worden sind. So werden uns jetzt binnen zwei Monaten die Feinde mitteilen, wieviel Schiffsraum wir in den nächsten zwei Jahren für sie zu bauen haben werden; der Höchstbetrag, der natürlich gefordert werden wird, ist auf 200 000 Bruttotonnen für das Jahr festgesetzt.

Endlich kommt außer den bedeutenden Kohlenlieferungspflichten, von denen in der letzten Zeit schon viel die Rede gewesen ist, noch die Verpflichtung zur Ablieferung einer großen Zahl lebender Tiere an Frankreich und Belgien in Betracht. In den nächsten drei Monaten sollen wir abliefern: 700 Zuchthengste, 40 000 Stuten und Färsen, 1200 Böcke, 120 000 Schafe, 15 000 Mutterschweine und 100 000 Ziegen, und zwar jeden Monat ein Drittel jeder Art.

Schon diese kurze Übersicht zeigt, von welcher enormen Bedeutung der Zeitpunkt der Niederlegung der Ratifikationsurkunden in Paris für unser Volk ist. Wir gehen sehr schweren Monaten entgegen, nicht allein im Hinblick auf die Kohlennot, Ernährungsschwierigkeiten und Arbeitslosigkeit, sondern auch wegen der übermenschlichen Verpflichtungen, deren Erfüllung ein rücksichtsloser Feind jetzt von uns fordert.

Die deutsche Antwortnote

Die deutsche Antwortnote ist, wie verlautet, gestern nach Paris abgesandt worden. Es heißt, daß darin der Wunsch der deutschen Regierung betont wird, den Frieden bald in Kraft treten zu sehen. Ferner bekräftigt die Regierung ihre aufrichtige Bereitwilligkeit, zur Beschleunigung der Schlußratifikation beizutragen. Nach den Blättern wird betont, daß es sich empfehlen würde, vor der Ratifikation eine Verständigung über die Frage der Entschädigung für Scapa Flow herbeizuführen, und daß die deutsche Regierung zu diesem Zweck eine Kommission nach Paris senden werde. Die „Deutsche Allg. Ztg." bezeichnet es als wünschenswert, daß das Rätselraten in den Personalfragen unterbleibt. Die Fachkommission, die gegebenenfalls nach Paris gesandt werden soll, sei noch nicht zusammengestellt. Der Senator Petersen aus Hamburg hat eine Beteiligung an dieser Mission abgelehnt. Im einzelnen wird über den Stand der Dinge noch berichtet:

⊕ **Berlin, 12. Dezember.** (Eig. Drahtbericht.) Der Beschluß der Reichsregierung über den Inhalt der an die Entente zu gebenden Antwortnote ist im Reichskabinett einstimmig gefaßt worden. In der vertraulichen Sitzung des Ausschusses der Nationalversammlung am Mittwoch nachmittag wurde von Regierungsseite die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß die Entente die sehr entgegenkommende und in den Hauptteilen fast ganz zustimmende Antwort für genügend erachten werde.

⊕ **Rotterdam, 12. Dezember.** (Eig. Drahtbericht.) Die „Times" melden aus Paris: An der Sonntagssitzung des Alliierten Rates nehmen die militärischen Vertreter der Alliierten teil.

⊕ **Rotterdam, 12. Dezember.** (Eig. Drahtbericht.) Londoner Blätter melden, daß die Demobilisierung des noch im mobilen Zustand verbliebenen ersten Nordseegeschwaders, die am 10. Dezember beginnen sollte, auf Befehl des alliierten Marinerates verschoben wurde.

⊕ **Rotterdam, 12. Dezember.** (Eig. Drahtbericht.) Die „Times" melden aus Paris: Eine neue ausweichende Antwort Deutschlands führe zur Kündigung des Waffenstillstandes.

☞ **Genf, 10. Dezember.** (Eig. Drahtbericht.) Wie aus Pariser Telegrammen hervorgeht, ist es wegen der letzten Noten an Deutschland tatsächlich zu ernsthaften Auseinandersetzungen zwischen den Alliierten gekommen, bei denen es sich hauptsächlich um die gegebenenfalls gegen Deutschland zu ergreifenden militärischen Maßnahmen handelte. Foch sollte ursprünglich freie Hand gegen Deutschland erhalten, doch wurden in letzter Stunde auf Betreiben Amerikas und einer andern, bisher nicht genannten Macht, Abänderungen vorgenommen. Polk äußerte bei seiner Abreise, Deutschland werde sich zweifellos den gerechtfertigten Wünschen der Alliierten fügen. Dieser Standpunkt scheint aber die Alliierten nicht zu befriedigen; denn der „New York Herald" äußert, die Alliierten beabsichtigten, obwohl die amerikanischen Delegierten die Antwort an Deutschland gutgeheißen hätten, so zu handeln, als ob sie mit Amerika nicht mehr alliiert wären.

⊕ **Genf, 12. Dezember.** (Eig. Drahtbericht.) Der „Herald" meldet aus New-York: Lansing sprach im Senatsausschuß auf Anfrage des Senators Johnson, daß die Abberufung der amerikanischen Delegation nach Paris nicht die Abkehr Amerikas von den Alliierten bedeute. Amerika nehme durch seinen ständigen Botschafter in Paris an den weiteren Besprechungen der Alliierten teil und betrachte sich bis zur anderweiten Entscheidung durch den Senat als mitverantwortlich für die Durchführung des Friedensvertrages von Versailles.

Der „Temps" hatte den Vorwurf erhoben, Deutschland suche England und Frankreich gegeneinander auszuspielen. Mit diesem Vorwurf setzt sich die „Deutsche Allg. Ztg." auseinander, die es als verhängnisvoll bezeichnet, wenn Deutschland seine auswärtige Politik im Prinzip auf der Illusion aufbauen würde, daß der Bund der Feinde sich jetzt oder über kurz oder lang lockern und daß es gelingen werde, mit einem oder mehreren der ehemaligen Gegner zu einer gemeinsamen Politik zu gelangen, die ein andres Ziel als den Weltfrieden verfolgt. In England rechnet man jedenfalls damit, daß der Friede jetzt zum Abschluß kommt. Das geht aus einer Rede Balfours hervor, der gestern erklärte: „Wenn auch der Friede mit unsern Hauptgegnern noch nicht formell abgeschlossen ist, so kann er doch so gut wie als gesichert angesehen werden." Es wird in erster Linie natürlich davon abhängen, daß die Entente für unsre Lage Verständnis hat.

Die Haltung der italienischen Kammer

T. **Prag, 12. Dezember.** (Eig. Drahtbericht.) Die „Agenzia Stampa Italiana" meldet aus Rom: Das Vatikanische Pressebureau berichtet: In gewissen Kreisen, wo, wie bekannt, der Friedensvertrag von Versailles mit weitgehender Reserve aufgenommen worden ist, hört man, daß ein Mittelweg, und zwar ein vollkommen konstitutioneller, gefunden werden wird, welcher den Anfechtern des Vertrages, die in der Kammer zahlreich sitzen, gerecht wird. Dieser Weg besteht in der Ratifizierung des Vertrages unter der ausdrücklichen Bedingung, daß die Regierung selbst die nötigen Verhandlungen veranlassen wird, um denselben einerseits ausführbar, anderseits den die Gerechtigkeit wahrenden Friedensgrundsätzen entsprechender zu gestalten, derentwegen Italien in den Krieg eingetreten ist.

Drei Millionen Blockadeopfer

⊕ **Berlin, 12. Dezember.** (Eig. Drahtbericht.) Von der Reichsregierung wird ein Gesamtbericht über die Wirkungen der Hungerblockade gegen Deutschland vorbereitet. Die Blockade soll nach den bis jetzt vorliegenden amtlichen Feststellungen mehr als drei Millionen Opfer unter der Zivilbevölkerung Deutschlands gefordert haben.

Ein „humaner" Beschluß

× **Brüssel, 11. Dezember.** Die Medizinisch-chirurgische Gesellschaft von Lüttich wendet sich in einer Entschließung gegen den Versuch englischer Persönlichkeiten, die Milchkühe für Deutschland im Interesse der deutschen Kinder zu retten. Die Gesellschaft fordert auf, sich strikte an den Friedensvertrag zu halten.

Clemenceaus Besuch in London

Nach einer Meldung aus dem Haag wurde Clemenceaus Reise nach London unterwegs unterbrochen, so daß er erst Freitag früh dort eintrifft. Vor seiner Abreise fand ein Ministerrat statt, der sich mit dem in London zu behandelnden Thema befaßte. Man nimmt an, daß auch das militärische Bündnis England-Frankreich zur Verhandlung kommen wird und daß sich dem auch Italien und Belgien anschließen werden. — Pertinax beschäftigt sich im „Echo de Paris" mit der Abreise der Amerikaner und mit der Reise Clemenceaus nach London und sagt, es genüge zu wissen, daß sich zwischen England und Frankreich ein lebhaftes Gefühl der engeren Solidarität denn je geltend mache. Mit Amerika allerdings sei die Aufgabe schwieriger. Saint-Brice im „Journal" stellt fest, daß man die verschiedensten Möglichkeiten ins Auge gefaßt habe, die Amerikaner festzuhalten. Jetzt sei jede Hoffnung nach dieser Richtung geschwunden. Es sei kein Grund dafür vorhanden, die alten Methoden zu ändern.

* **Hamburg, 12. Dezember.** Dem „Hamburger Fremdenblatt" wird aus Paris gemeldet: Clemenceau führen nur zwei Dinge nach London: die Kohlen- und die Währungsfrage, die beide sichtlich einer Katastrophe zutreiben, wenn England nicht hilft. Es steht fest, daß, wenn nicht der gesamte französische Eisenbahnverkehr eingestellt wird, doch bereits von dem nächsten Tag an alle Expreßzüge ausfallen werden. Von Januar an können die Haushaltungen nicht mehr mit Kohlen versorgt werden. Die Einführung der Brotkarte und eine namhafte Erhöhung des Brotpreises steht in Paris unmittelbar bevor. Nachts fehlt überall die Beleuchtung. Die Unsicherheit auf den Straßen und Bahnhöfen ist unerträglich. Der Frankenkurs fällt täglich um 15 bis 20 Punkte. Innerhalb dreier Monate verlor der Franken auf dem Schweizer Markt 105 Punkte. In dieser Not soll England helfen, das vielleicht den guten Willen hat, aber wie hier ankommende englische Korrespondenten erzählen, weder Nahrungsmittel noch Kohle schicken kann, weil es darin selbst großen Mangel leidet. Clemenceau hofft gleichwohl, glücklicher bei den Verhandlungen zu sein als Loucheur.

Amerika und der Garantievertrag

Nach einer Meldung aus dem Haag läßt sich der „Nieuwe Rotterd. Courant" aus Washington berichten: Die Senatoren tragen sich mit dem Gedanken, binnen kurzem den Garantievertrag mit Frankreich und England in Behandlung zu nehmen, da sie der Ansicht sind, daß das Publikum die Behandlung dieses Vertrages oder des Friedensvertrages verlange. Die Senatoren stehen unter dem Druck der Kritik des amerikanischen Volkes und der übrigen Welt über die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten Frankreich im Stiche lassen.

Amerikas Flottenprogramm

Die „Times" melden aus New-York, daß die amerikanische Flottenleitung in einer Denkschrift darlegte, daß es, wenn nichts Endgültiges mit Bezug auf die allgemeine Abrüstung geschehe, die Politik der Vereinigten Staaten sein müsse, eine Kriegsflotte zu besitzen, die mindestens so stark sei, wie die mächtigste und stärkste Flotte irgendeiner andern Nation der Welt. Es bestehe der Plan, die neue Flotte bis 1925 fertigzustellen und sie im Stillen und Atlantischen Ozean auftreten zu lassen.

Der amerikanische Geschäftsträger in Berlin

☞ **Rotterdam, 12. Dezember.** (Eig. Drahtbericht.) „Daily Mail" meldet aus New-York, daß Sir William Tyrell, der Sekretär des Botschafters Grey am 1. Januar seinen Posten als englischer Geschäftsträger in Berlin antreten wird.

Ein russisches Friedensangebot

× **Kopenhagen, 11. Dezember.** Der Abgesandte der russischen Sowjetregierung hat dem hiesigen Reuter-Korrespondenten mitgeteilt, er habe den Vertretern der Alliierten in Kopenhagen und andern Orten die Abschriften einer Entschließung zusammen mit einem Begleitschreiben überreicht und ihnen namens der Regierung mitgeteilt, daß die Entschließung als reelles Friedensangebot angesehen werden solle und daß er ermächtigt sei, Verhandlungen über Zeit und Ort der vorgeschlagenen Konferenz einzuleiten. Die Entschließung sei am 5. d. M. vom 7. allrussischen Sowjetkongreß einstimmig angenommen worden und besage u. a.: „Der Kongreß bestätigt seinen unveränderten Wunsch nach Frieden und schlägt noch einmal allen Entente-Mächten vor, sofort Friedensverhandlungen zu beginnen. Er ermächtigt den Vollzugsausschuß, den Rat der Volkskommissare und das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten, alle erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung dieser Friedenspolitik zu treffen."

Französische Handelskammern für die besetzten Rheinlande

ITA. **Köln, 12. Dezember.** (Eig. Drahtbericht.) Die „Köln. Ztg." meldet aus Frankfurt: Der „Avenir français" kündigt die baldige Errichtung einer französischen Handelskammer für die besetzten Rheinlande mit dem Sitz in Paris und einem Sekretariat in Mainz an. Als Zweck wird angegeben, alle Auskünfte zu sammeln und allen Handeltreibenden und Handelsorganisationen in Frankreich und seinen Kolonien zu übermitteln, die zur Ausbreitung der französischen Industrie und des französischen Handels mit den Rheinlanden einerseits, des rheinischen Handels in Frankreich anderseits als nützlich erscheinen. Die Kammer wird unmittelbar mit den verschiedenen Ministerien verkehren, insbesondere mit dem Ministerium des industriellen Wiederaufbaues, des Handels und des Auswärtigen, ferner mit den rheinischen Behörden, den diplomatischen und konsularischen Stellen, französischen und ausländischen Handelskammern.

Die Steuerpflicht der Ausländer im Rheinland

Nach einer Meldung aus Berlin sind die Angehörigen der alliierten Mächte gemäß einer Entscheidung der interalliierten Rheinland-Kommission, soweit sie im Rheinlande leben, dazu verpflichtet, alle Steuern und Zölle zu zahlen, wie sie von den Deutschen bezahlt werden. Unter diese Entscheidung fallen auch die zahlreichen ausländischen Niederlassungen mit ihren Millionenumsätzen.

Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten im besetzten Gebiet

+ **Berlin, 12. Dezember.** (Eig. Drahtbericht.) Die Aerzte des besetzten Rheinlands erheben nachdrücklich ihre Stimme, mit allen Mitteln der Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten im besetzten Rheingebiet entgegenzutreten. Sie haben eine erschreckende Zunahme der Geschlechtskrankheiten, besonders bei jungen Mädchen, festgestellt. In großen Städten, besonders im Süden des Rheins, das von den Franzosen besetzt ist, haben Untersuchungen den Beweis einer rapid fortschreitenden Volksverseuchung ergeben. In einem Falle befanden sich unter 18 untersuchten Mädchen von 12 bis 18 Jahren zwölf geschlechtskranke, in einem andern Falle unter zwölf Mädchen im Alter bis 16 Jahren sieben kranke. Dieser erschreckenden Ausbreitung der schlimmsten aller Volksseuchen stehen die Aerzte des besetzten Gebietes machtlos gegenüber, da ihnen die fremden Besatzungsbehörden, wie sie erklären, alle möglichen Hindernisse bei der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in den Weg legen. — Leider hat es aber auch den Anschein, als ob sich unsre auf dem Gebiete der Gesundheitspflege verantwortliche Reichsbehörde um die Zustände jenseits des Rheins wenig zu bekümmern scheint. Sonst hätten die Aerzte des besetzten Rheinlandes nicht zu einer öffentlichen Erklärung zu greifen brauchen. Der zuständige Ressortleiter sollte bekanntgeben, was er bisher in dieser Beziehung unternommen hat und wie sich die französischen Befehlshaber zu seinen Vorstellungen verhalten haben. Wäre in dieser Beziehung erst wenig oder gar nichts geschehen, so müßte er sich schleunigst die Unterstützung der Reichsregierung sichern und energischen Protest gegen die unhaltbaren Zustände erheben, die für die ganze Bevölkerung des Rheinlandes eine enorme Gefahr bilden.

Die Rückkehr der Gefangenen

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: 352 Zivilgefangene aus Australien trafen am 10. d. M. mit dem Dampfer [illegible] in Rotterdam ein. Ein weiterer Transport von [illegible] Personen aus Australien kommt mit dem Dampfer „Nagia", dessen Landung in Rotterdam am [illegible] Tage erwartet wurde. Mit [illegible] Zivilheimkehrern aus Trinidad und [illegible] Kriegsgefangenen [illegible] der Meldung der „Mecklenburg" landete am 9. d. M. der Dampfer „Oranje-Nassau" in Amsterdam. Die Ankunft des Dampfers „Windhuk", der 458 Heimkehrer aus Südwestafrika an Bord hat, steht am 13. Dezember in Rotterdam zu erwarten. Die Zahl der Heimkehrer aus Vorderindien, die der am 9. d. M. aus Bombay abgefahrene Dampfer „Main" mitbringt, wird noch bekanntgegeben.

Englische Beobachtungen in Deutschland

× **Amsterdam, 11. Dezember.** Laut „Telegraaf" erklärte der von einem Besuche nach Köln, Frankfurt, Stuttgart und München zurückgekehrte Oberst Lander im englischen Unterhause, er habe in Deutschland eine starke Strömung zugunsten einer Gegenrevolution wahrgenommen. Die royalistische Partei nehme, soweit er beobachten konnte, täglich an Umfang zu. Wenn man dem vormaligen Deutschen Kaiser nicht den Prozeß mache und ihn nicht nach St. Helena sende, so werde man ihn als König von Preußen wiedersehen.